



## Dagmar Freitag

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende des Sportausschusses  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

### Erklärung zur Abstimmung gem. §31 GOBT der Abgeordneten Dagmar Freitag MdB

#### zur namentlichen Abstimmung über

#### **das Erste Gesetz zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes (Drucksache 18/ 11237)**

---

Der Deutsche Bundestag stimmt heute in Namentlicher Abstimmung über den Entwurf eines *Ersten Gesetzes zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes* sowie den *Entwurf eines Verkehrssteueränderungsgesetzes* ab.

Die Pkw-Maut ist kein Projekt der SPD, sie ist das einzige wirkliche Wunschprojekt der CSU. Im Zuge der umfangreichen und intensiven parlamentarischen Beratungen war es der SPD bereits vor Inkrafttreten des Infrastrukturabgabengesetzes am 8. Juni 2015 gelungen, den ursprünglichen Gesetzentwurf zu verbessern.

Ich teile ausdrücklich die Bedenken des Bundesrates über eine mögliche nachteilige Auswirkung der Einführung der Infrastrukturabgabe auf die Grenzregionen. Ein Verzicht auf die Entrichtung der Infrastrukturabgabe auf bestimmten Autobahnabschnitten hätte als Sonderregelung für die grenznahen Städte und Kommunen zweckdienlich sein können. Ich bedauere, dass dieser Vorschlag in den parlamentarischen Beratungen am Widerstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gescheitert ist. Allerdings bietet die gesetzlich vorgesehene Evaluierung später die Chance zur Korrektur.

Das im September 2015 eröffnete Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wird die EU-Kommission voraussichtlich aufgeben, wenn die Änderungen, über die wir heute abstimmen müssen, eine Mehrheit finden.

Wir stehen zu unserem Wort. Der Koalitionsvertrag wird umgesetzt. Dieses erwarten wir im Gegenzug schließlich auch von unserem Koalitionspartner. Die Bundesminister Wolfgang Schäuble und Alexander Dobrindt haben uns versichert, dass unsere drei Bedingungen – die Europarechtskonformität, der substanzielle Beitrag sowie keine Mehrbelastung für deutsche Pkw-Halterinnen und -Halter – auch mit den heutigen Änderungen eingehalten werden. Die bereits 2015 beschlossenen Gesetze sehen eine Staffelung der Mautsätze nach dem Hubraum sowie den Umwelteigenschaften der Fahrzeuge vor. Zudem bleiben die Bundesstraßen ausgenommen, ihre Benutzung ist für ausländische Pkw frei, um die Auswirkungen für die Grenzregionen zu reduzieren. Diese Verbesserung haben wir in den ursprünglichen Gesetzentwurf des Bundesverkehrsministeriums bereits 2015 hineinverhandelt.

Wir haben weiterhin Bedenken, was die Kosten für den bürokratischen Aufwand und die gesicherten Einnahmen angeht. Der Bundesverkehrsminister hat versichert, dass er keine Veranlassung sieht, die prognostizierten Einnahmen in Höhe von mindestens 520 Millionen – vielleicht sogar 600 Millionen - anzuzweifeln. Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) hat meiner Fraktion schriftlich bestätigt, dass er keine Zweifel an den Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums hat und die Pkw-Maut dem Bund tatsächlich substantielle Mehreinnahmen bringt.

*„Das Bundesministerium der Finanzen hat keine Veranlassung, die Annahmen der Verkehrsexperten des BMVI zu bezweifeln. Daher sehen die im Kabinett am 15. März 2017 beschlossenen Eckwerte für den Finanzplan bis 2021 auch ab 2019 zusätzliche Investitionen in Höhe von rund 500 Mio. € p.a. vor.“*  
(Bewertung von Finanzminister Schäuble vom 16. März 2017)

Sollten sich die Minister wieder irren und wir im Rahmen der von uns durchgesetzten Evaluierung der Auswirkungen des Gesetzes feststellen, dass sich die Erhebung der Infrastrukturabgabe nachteilig auf Grenzregionen auswirkt, so wird die nächste Legislaturperiode Gelegenheit geben, ihre Fehler zu korrigieren.

Die heutige Abstimmung ist keine Gewissensfrage. Daher stimme ich trotz weiterhin bestehender Fragen und Bedenken den vorliegenden Gesetzentwürfen zu, weil die SPD-Bundestagsfraktion 2013 in den Koalitionsverhandlungen ein Gesamtpaket verhandelt hat, das mehrheitlich sozialdemokratische (und im Laufe dieser Wahlperiode bereits umgesetzte) Kernforderungen beinhaltet, aber eben auch unter Bedingungen die Einführung einer Pkw-Maut umfasst.

Berlin, den 24. März 2017

Dagmar Freitag MdB